

Wim van Meurs

## Demokratie oder Sozialismus?

### Bauernparteien in Südosteuropa um die Jahrhundertwende als Träger der Demokratisierung. Eine Skizze\*

In den wenigen Jahren zwischen dem Ende des Zweiten Weltkriegs und dem Beginn des Kalten Kriegs erlebten die Bauernparteien Ostmitteleuropas eine kurze Phase der Wertschätzung. Um dem Bild eines unumgänglichen Niedergangs der Demokratie im Osten und damit verbunden dem einer kommunistischen Machtübernahme als einziger Alternative entgegenzuwirken, wurden die Bauernparteien dieser Länder von manchen westlichen Beobachtern als die wirklichen Demokraten hervorgehoben. Angesichts der weitgehend ruralen Bevölkerungsstruktur wären – so die Wahrnehmung – nur sie potenziell in der Lage, die demokratische Ordnung gegen linke und rechte Extremisten zu schützen. Ab 1947 wurden die Bauernführer jedoch ins Exil getrieben oder eingekerkert und ihre Parteien von den Kommunisten zwangsintegriert.<sup>1</sup>

Grund dieser nachträglichen Wertschätzung war gewiss nicht (nur) die demokratische Leistungsbilanz dieser Parteien in den vorangegangenen Jahrzehnten.<sup>2</sup> In nicht wenigen Staaten der Region waren diese anhängerstarken Parteien mit ihren Führern in den 1930er Jahren in eine rechts-autoritäre Richtung abgedriftet und trugen so eine erhebliche Mitschuld am Ende der Demokratie. Die polnische Bauernpartei »Wyzwolenie« beteiligte sich 1926 am Staatsstreich des späteren Diktators Józef Piłsudski. In Rumänien paktierte die Bauernpartei bei den Wahlen des Jahres 1937 mit der faschistischen »Eisernen Garde«. In Estland war es der Leiter des Bundes der Landwirte, Konstantin Päts, der 1934 nach einem Staatsstreich die Macht an sich zog.

Im Vergleich zur Forschungsliteratur über die sozialistischen, konfessionellen und liberalen Parteienfamilien ist die Zahl der einschlägigen Studien zu den Bauernparteien in Ost- wie in Westeuropa mehr als überschaubar. In den hundert Jahren seit ihrer Entstehung und insbesondere seit dem Zweiten Weltkrieg sind die Bauernparteien von Historikern und Politikwissenschaftlern eher vernachlässigt worden. Bezeichnenderweise ist »Europäische Bauernparteien im 20. Jahrhundert« von Heinz Gollwitzer aus dem Jahre 1977, obwohl vom Ansatz her völlig veraltet, auch heute noch das einzige verfügbare Übersichtswerk.<sup>3</sup>

Politisch vereinnahmt wurde die Erforschung dieser Parteienfamilie in erster Linie im Kalten Krieg. In der westlichen Literatur galten die Bauernparteien als für die osteuropäi-

\* Dieser Beitrag ist ein Ausschnitt aus einem größeren Forschungsvorhaben zum Phänomen der Bauernpartei der Vorkriegszeit im Osten Europas insgesamt und insbesondere zu drei südosteuropäischen Staaten (Rumänien, Bulgarien sowie Serbien und Kroatien im Rahmen Jugoslawiens). Besonderer Dank gilt dem Institut für Ost- und Südosteuropaforschung (IOS) in Regensburg für einen Forschungsaufenthalt im Januar 2013.

1 Wim van Meurs, Bauernparteien und rurale Wählerschaften, in: Südosteuropa 60, 2012, S. 78–110.

2 Angela Harre, Demokratische Alternativen und autoritäre Verführungen. Der ostmitteleuropäische Agrarismus im Wechselspiel zwischen Ideologie und Politik, in: Helga Schultz/Angela Harre (Hrsg.), Bauerngesellschaften auf dem Weg in die Moderne. Agrarismus in Ostmitteleuropa 1880 bis 1960, Wiesbaden 2010, S. 25–40.

3 Heinz Gollwitzer (Hrsg.), Europäische Bauernparteien im 20. Jahrhundert, Stuttgart/New York 1977.

sche Strukturentwicklung typische demokratische Alternative, die von der kommunistischen Machtübernahme am Ende der 1940er Jahre rüde abgebrochen worden war. Anders als die elitären und autoritären Parteien Osteuropas der Zwischenkriegszeit hätten sie sich potenziell zu genuinen Volksparteien und Interessenvertretungen entwickeln können. Als solche wurden sie nach dem Zusammenbruch des Ostblocks erneut auf den Schild gehoben.<sup>4</sup>

In der Fachliteratur des letzten halben Jahrhunderts hat sich aber im Gefolge des Modernisierungsparadigmas das Bild dieser Bauernparteien als »ewig Gestrige« festgesetzt.<sup>5</sup> Nach dem klassischen Ablauf der wirtschaftlichen und politischen Modernisierung sollten nach westlichem Vorbild das Bürgertum und die liberalen Parteien als Träger der Demokratisierung auftreten.<sup>6</sup> Die zahlreichen Kleinbauern galten als wichtigstes Hemmnis für einen wirtschaftlichen Modernisierungsschub und ihre Parteien als politische Vertreter dieser rückwärtsgewandten Interessen.

Eine solche deterministische Kopplung zwischen dem angeblichen Antikapitalismus der Bauern und der vermeintlichen antidemokratischen Orientierung ihrer Parteien fand sich unter anderen Vorzeichen auch in der kommunistischen Geschichtsschreibung. Auch diese betrachtete die konservativen Kleinbauern als Blockierer von notwendigen gesellschaftlichen und politischen Umwälzungen.<sup>7</sup> In der kommunistischen Historiografie galt dies sowohl für die Narodniki (Agrarpopulisten) und die Sozialrevolutionäre Russlands sowie die von ihnen beeinflussten Bauernparteien Osteuropas als auch für die bürgerlichen Bauernparteien in Ostmitteleuropa.<sup>8</sup> Obwohl die Bauern gemeinhin als nichtrevolutionäre Klasse galten, gingen die kommunistischen Historiker in der Sowjetunion vor allem mit den eigenen nichtmarxistischen Widersachern und deren Ahnen hart ins Gericht.<sup>9</sup> Ironischerweise hob die kommunistische Historiografie in Osteuropa weniger auf die strukturellen Verbindungen zwischen den Bauern als soziale Klasse und den Bauernparteien, sondern vielmehr auf die Verfehlungen und Irrwege der Bauernführer als politische Elite ab. Eine materialistische Logik prägte in diesem Punkt somit seit den 1960er Jahren eher die westliche als die sowjetische Historiografie des Kalten Kriegs.

Ungeachtet der politisch-ideologischen Agenda des Betrachters und des zeithistorischen Kontextes lassen sich die Studien zu den Bauernparteien, die seit dem Zweiten Weltkrieg

- 4 Vgl. die Verherrlichung des rumänischen Bauernführers Iuliu Maniu sowie der kroatischen Politiker Stjepan Radić und Vladko Maček: *Hrvoje Matković*, Stjepan Radić u isbornoj 1920 godini, in: *Časopis za Suvremenu Povijest* 24, 1992, H. 3, S. 75–86; *Zdenko Radelić*, »Narodni Glas« – glas oporbe 1945, in: *Časopis za Suvremenu Povijest* 26, 1994, H. 2, S. 299–315; *Apostol Stan*, Iuliu Maniu. Naționalism și democrație: biografia unui mare român, București 1997; *Hrvoje Petrić*, Prilog poznavanju načina djelovanja Hrvatske Seljačke Stranke u Koprivnici od 1929. do 1941. godine, in: *Časopis za Suvremenu Povijest* 34, 2002, H. 1, S. 141–157; *Rebecca Ann Haynes*, Reluctant Allies? Iuliu Maniu and Corneliu Zelea Codreanu Against King Carol II of Romania, in: *Slavonic and East European Review* 85, 2007, S. 105–134.
- 5 *George D. Jackson*, Comintern and Peasant in East Europe, 1919–1930, New York 1966; *John Douglas Bell*, Peasants in Power. Alexander Stamboliski and the Bulgarian Agrarian National Union, 1899–1923, Princeton, NJ/Guildford 1977, S. 154.
- 6 *Barrington Moore Jr.*, Social Origins of Dictatorship and Democracy. Lord and Peasant in the Making of the Modern World, Boston 1966.
- 7 *Angela Harre*, Wege in die Moderne. Entwicklungsstrategien rumänischer Ökonomen im 19. und 20. Jahrhundert, Wiesbaden 2009, S. 16–24.
- 8 *Vasile Bobocescu*, Acțiunile ferme ale Partidului Comunist Român în toamna anului 1938 pentru demascarea, izolarea și lichidarea pericolului fascismului intern, in: *Anale de Istorie* 32, 1986, H. 6, S. 99–108.
- 9 *G. I. Ivanova/A. F. Smirnov*, Revoljucionnye demokraty i narodniki, in: *Istorija SSSR* 5, 1961, H. 5, S. 112–140; *V. F. Zacharina*, Revoljucionnye narodniki 70-ch godov: Ideologi krest'janskoj demokratii, in: *Istorija SSSR* 7, 1963, H. 5, S. 101–116.

in Ost und West erschienen sind, vom Ansatz her drei klar zu unterscheidenden Kategorien zuordnen: Agrar- und Sozialgeschichte, Ideengeschichte und Parteigeschichte. Die beiden Letzteren ergänzen sich zeitlich. Da vor der Jahrhundertwende und mancherorts sogar bis zum Ersten Weltkrieg von Parteienbildung kaum die Rede sein konnte, werden die Schriften und Auseinandersetzungen der intellektuellen Vordenker der jeweiligen Bauernbewegung für diese Phase nahezu ausschließlich mit einem ideengeschichtlichen Ansatz erörtert. Originelle Theoriebildung und Transfer (agrarpopulistischer und marxistischer) ideologischer Konzepte insbesondere aus Russland werden dabei gegeneinander abgewogen.<sup>10</sup> Derartige Studien reichen selten viel weiter als 1918, während klassische Parteistudien der Zeit vor 1918 selten mehr als ein einleitendes Kapitel widmen. Im Fokus stehen dagegen die Anführer, die Bündnisse, das Wahlrecht, die Institutionen und die Ereignisgeschichte einer einzelnen Partei oder eines Landes. Das Ergebnis ist zumeist eine singuläre Parteigeschichte, die Ideentransfers und Außeneinflüsse nur am Rande berücksichtigt, oder eine Sammlung nationaler Fallstudien ohne übergeordnete Fragestellung.<sup>11</sup>

Dagegen waren es seit den 1960er Jahren westliche Historiker und Politik- beziehungsweise Sozialwissenschaftler, die den Bauernparteien aus einem Modernisierungsansatz heraus einen größeren Platz in der Agrar- und Sozialgeschichte einräumten. Da aber die Agrarfrage als Schlüsseldilemma der sozialwirtschaftlichen Modernisierungsstrategie im Zentrum stand und da die Politik lediglich als Epiphänomen struktureller Entwicklungen betrachtet wurde, galt die Agrarverfassung vor Ort als verlässliche Determinante der Interessen der Bauern und damit der Positionierung der Bauernparteien als deren Repräsentanten. Die Bedeutung der ideologischen Vorstellungen der Vordenker und Anführer des Agrarismus und die Autonomie des Politischen, welche die Ideengeschichte überbewertete, wurden in dieser Modernisierungsforschung marginalisiert.<sup>12</sup>

Jenseits ideologischer beziehungsweise modernisierungstheoretischer Urteile über die Bauernparteien gilt jedoch festzuhalten, dass sie in Ost- und Südosteuropa seit dem späten 19. Jahrhundert Dreh- und Angelpunkt der Demokratisierung gewesen sind. Es waren oftmals diese in den Dörfern beheimateten Parteien, die um 1900 die Ausweitung des Wahlrechts vorantrieben, als Erste eine moderne Parteiorganisation aufbauten und zwischen den beiden Weltkriegen eine gewichtige oder sogar dominante Rolle in Parlament und Regierung spielten. Die autoritäre Wende in der gesamten Region in der zweiten Hälfte der Zwischenkriegszeit verschuldeten andere Parteienfamilien genauso wie die Bauernparteien. Eine Vorreiterrolle bei Parteibildung und Demokratisierung spielten sie von den 1880er bis zu den 1920er Jahren. In Ost- und Südosteuropa waren es, anders als im Westen, schließlich die Bauernparteien, die für das allgemeine Wahlrecht eintraten. Anders als Liberale und Sozialdemokraten konnten sie dabei die Hoffnung hegen, über diesen Weg zu einer absoluten Mehrheit in den Volksvertretungen zu gelangen.

Als Erste mussten die Bauernführer sich aber auch demokratischen Grundfragen stellen. Für genuine (zumindest potenzielle) Massenparteien mit anfangs weitgehend ungeschulten Mitgliedern stellte sich die Frage der parteiinternen Demokratie, Mobilisierung und des Führungsstiles. Von der politischen Strategie her stellte sich die Frage, ob man

10 *Michael Kitch*, Constantin Dobrogeanu-Gherea and Rumanian Marxism, in: *Slavonic and East European Review* 55, 1977, S. 65–89; *Jochen Schmidt*, Populismus oder Marxismus. Zur Ideengeschichte der radikalen Intelligenz Rumäniens 1875–1915, Tübingen 1992.

11 *Gerhard Doliesien*, Die polnische Bauernpartei »Wyzwolenie« in den Jahren 1918–1926, Marburg an der Lahn 1995; *Ioan Scurtu*, Istoria Partidului Țărănesc (1918–1926), Bukarest 2002.

12 *Gollwitzer*, Europäische Bauernparteien; *Schultz/Harre*, Bauerngesellschaften auf dem Weg in die Moderne; *Philip G. Eidelberg*, The Great Rumanian Peasant Revolt of 1907. Origins of a Modern Jacquerie, Leiden 1974; *Ilona Reinert-Tárnoky*, Radikale Bauernpolitik in Ungarn. Eine gesellschaftspolitische Alternative in der Zwischenkriegszeit, München 1985.

sich auf den parlamentarischen Weg beschränken sollte oder ob die Politik der Straße dazugehörte oder ob sogar revolutionäre Optionen nicht ausgeschlossen wurden. Besonders relevant war die Definition der eigenen Anhängerschaft. Diese variierte von einer Vertretung der ausgebeuteten Landbevölkerung im Klassenkampf bis zu einer Solidargemeinschaft des gesamten (klassenlosen) Bauerntums gegenüber Städten und Städtern. Damit verbunden war die Schlüsselfrage, ob die Bauern in erster Linie unreife Bürger, Bürger wie alle anderen mit eigener parlamentarischer Repräsentation oder als Wertschöpfer aus Grund und Boden des Vaterlandes die Träger einer künftigen Bauernrepublik seien.

In diesem Aufsatz stehen nicht die wirtschaftspolitischen Zielvorstellungen und sozialen Interessenvertretungen der Bauernparteien im Mittelpunkt, mit ihrer von diesen Interessen abgeleiteten inhaltlich-politischen Positionierung bezüglich Fragen wie Landreform, Außenhandel oder Wucherpacht, sondern vielmehr ihre Sichtweisen, parteiinternen Auseinandersetzungen und ihr Handeln im Rahmen der politischen Modernisierung um die Jahrhundertwende. Dieser Fragenkatalog – Parteiorganisation, Positionen zu revolutionärer Gewalt beziehungsweise parlamentarischer Repräsentation und Zusammenarbeit mit bürgerlichen Parteien sowie das Spannungsverhältnis zwischen Bauerntum und (Staats-)Bürgertum – subsumiert im Wesentlichen die klassischen Fragen der SPD-Geschichte in einem gänzlich anderen Kontext. Die Bauernparteien befanden sich oftmals in einer äußerst komplexen instabilen Position zwischen ideologischen Gravitationszentren: Konservatismus, Liberalismus, Agrarpopulismus, Sozialdemokratie, Kommunismus und später sogar Faschismus.

Näher betrachtet werden dazu die rumänische Nationale Bauernpartei (»Partidul Național-Țărănesc«, PNT) und die Bulgarische Bauernvolksunion (»Bălgarski Zemedelski Narodni Săjus«, BZNS) – die jeweils mit Abstand größten Bauernparteien ihre Landes.<sup>13</sup> Diese beiden großen, zwischen den Liberalen einerseits und Sozialdemokraten und Kommunisten andererseits verorteten Bauernparteien entwickelten sich in den Staaten der Region erstaunlich synchron, von ersten Salonkreisen in den 1860er Jahren nach Existenzkrisen um die Jahrhundertwende bis hin zu den Schlüsselparteien der Massendemokratie nach der Einführung des allgemeinen Wahlrechts um 1918. Beide trugen zeitweilig Regierungsverantwortung: die bulgarische BZNS 1919–1923 und die rumänische PNT mehrfach zwischen 1928 und 1933.

Insbesondere in Ost- und Südosteuropa lassen sich die Bauernparteien kaum nach Ideologie oder Anhängerschaft definieren. Demografisch machte die Landbevölkerung in den meisten neuen Staaten der Zwischenkriegszeit die große Mehrheit der Bevölkerung aus – in dem Sinne war jede Partei nach der Wahlrechtsreform eine »Bauernpartei«. Da die Landbevölkerung, was Wohlstand und Landbesitz betrifft, wesentlich uneinheitlicher war als jene in Westeuropa, fanden sich »Bauernparteien« in ideologischer Nähe zu allen anderen politischen Lagern. Schließlich umfasste die Landbevölkerung nicht nur die landlosen Tagelöhner und ärmlichen Kleinbauern, sondern auch die adligen Großgrundbesitzer und die kapitalkräftigen Großpächter.

Keine direkte Berücksichtigung finden hier (radikale) Splitterparteien oder konservativ-paternalistische Parteien der Großgrundbesitzer. Eine Besonderheit, die große Volksparteien wie die PNT oder die BZNS interessant macht, ist die Tatsache, dass extremere

13 Auch für die Parteien und ihre Leitfiguren gilt, dass die Fachliteratur nach längerer Pause erst in den letzten Jahren neue Synthesen hervorgebracht hat: *Bell*, Peasants in Power; *Boris Boev/Liuben Božkov/Stoian Ninov*, Alexander Stamboliiski, 1879–1979, [Sofia] 1979; *Dietmar Müller*, Agrarpopulismus in Rumänien. Programmatik und Regierungspraxis der Bauernpartei und der Nationalbäuerlichen Partei Rumäniens in der Zwischenkriegszeit, St. Augustin 2001; *Scurtu*, Istoria Partidului Țărănesc; *Richard J. Crampton*, Aleksandur Stamboliski, Bulgaria, London 2009; *Harre*, Wege in die Moderne.

Positionen, die auch von linken oder rechten Splitterparteien vertreten wurden, in den Flügelkämpfen innerhalb der Volksparteien unmittelbar aufeinanderprallten. Die beiden Staaten wurden außerdem ausgewählt, weil sie damals unterschiedliche politische Traditionen in sich vereinten: Bulgarien die südslawischen und osmanischen, Rumänien die habsburgischen, osmanischen und russischen Traditionen. Gleichzeitig wurden damit zwei Staaten ausgewählt, in denen die Bauernparteien sehr unterschiedliche wirtschaftspolitische Ausrichtungen und vor allem Verständnisse von Demokratie und Politik entwickelten: in Bulgarien der radikale Bauernvolksbund von Aleksandar Stambolijski und in Rumänien die gemäßigte Nationale Bauernpartei von Iuliu Maniu.

Für jede der beiden Parteien wird in einem ersten Schritt die Parteientwicklung in der zweiten Hälfte des 19. und der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts vor dem Hintergrund der gleichzeitigen Staats- und Nationsbildung erörtert. In einem zweiten Schritt werden die wichtigsten externen Einflüsse und Vorbilder in Demokratiefragen ausgelotet: die russischen Narodniki oder Agrarpopulisten der 1870er und 1880er Jahre sowie die späteren Marxisten und die Sozialrevolutionäre, für die Zeit seit den 1870er Jahren auch die Revisionisten des deutschen Sozialismus. Die Schlüsselfrage dabei ist, ob die Bauernparteien unabhängig von nationalem Kontext und Tradition vorwiegend ausländische ideologische Vorbilder nachahmten oder ob sich aus den vielfältigen Vorbildern eben die durchsetzen konnten, die am besten zu den politischen Bedürfnissen und Traditionen des Landes passten.

Bei der Erörterung der entsprechenden Richtungsentscheidungen der zwei Parteien werden Vorbilder und Nachahmungen als internationale »Transfers« berücksichtigt, wie es in der Ideengeschichte üblich ist, nicht aber in der klassischen Parteiengeschichte. Da es um die Verbindung zwischen ideologischen Vorstellungen und politischer Praxis geht, werden umgekehrt aber auch die Erfahrungen verwandter ausländischer Parteien in der internen Organisation und im Umgang mit dem Parlament und deren Vorbildwirkung miteinbezogen. Nicht zuletzt gilt es aber auch, das nationale Umfeld konkurrierender Parteien (beziehungsweise innerparteilicher Flügelkämpfe) und deren Einfluss auf die Profilierung der Bauernparteien miteinzubeziehen.

Erst in den letzten Jahren macht sich in der Forschung in Ost und West ein neues Interesse an den Agrarreformen der Zwischenkriegszeit sowie des Wirtschaftsnationalismus bemerkbar, mit Studien, die sich von einer einseitigen sozialökonomischen Perspektive emanzipiert haben.<sup>14</sup> Anders als die älteren breiten, zahlreiche Fallstudien umfassenden, aber kaum komparativ angelegten Übersichten der Parteiengeschichte oder der Modernisierungsforschung werden dazu ausgewählte nationale Fallstudien in einem übergeordneten Rahmen verglichen, der sowohl Agrarverfassung und Strukturgeschichte als auch politisch-ideologische Eigendynamik und Transfer berücksichtigt. Zudem wird ein neues Gleichgewicht zwischen Ideologie und Diskursen einerseits und politischen Praxen, Institutionen und Strategien andererseits angestrebt.

## I. POLITISCHE UND SOZIALWIRTSCHAFTLICHE MODERNISIERUNGSANSÄTZE

Die Historiografie macht, wie oben ausgeführt, eine unerwünschte Trennung zwischen einer Fokussierung auf die Ideengeschichte für die Zeit vor dem Ersten Weltkrieg und dem Akzent auf die Parteipolitik für die Zeit danach. Manche Darstellungen über die Zeit nach der Einführung des allgemeinen Wahlrechts marginalisieren Ideologie und politische Vorstellungen überhaupt, indem sie die Politik der Zwischenkriegszeit als eine Aneinanderreihung opportunistischer machtpolitischer Schachzüge aller Parteien interpretie-

<sup>14</sup> Müller, Agrarpopulismus in Rumänien; Helga Schultz/Eduard Kubû (Hrsg.), *History and Culture of Economic Nationalism in East Central Europe*, Berlin 2006.

ren.<sup>15</sup> Andere betrachten die Bauernparteien dagegen deterministisch als Repräsentanten (ländlicher) gesellschaftlicher Interessengruppen.<sup>16</sup> Unter Umgehung von Ideologie oder politischer Traditionen und Pfadabhängigkeiten leitet sich die Programmatik dieser Parteien aus einer solchen Perspektive direkt aus den ›objektiven‹ Interessen dieser Gruppen ab. Demnach reduziert sich in dieser Betrachtung die Agenda der Bauernparteien auf die Landreform und eine allgemeine wirtschaftspolitische Strategie, sobald das politische Ziel des allgemeinen geheimen Wahlrechts nach Kriegsende erreicht worden war.

Folglich werden in diesen Darstellungen insgesamt drei entscheidende Aspekte ausgeblendet. Erstens die Verzahnung zwischen ideologischen Debatten und Parteibildung sowohl vor als auch nach 1918. Zweitens die Dynamik der politischen Positionen und Positionierungen der Bauernparteien und ihrer Anführer im Laufe der Zeit. Einschneidende kontextuelle Veränderungen wie Wahlrecht- oder Landreform zwangen die Parteien, sich neu zu profilieren, und Bedrohungen wie eine Königsdiktatur oder eine faschistische Massenbewegung oder ein Wandel des internationalen Machtgleichgewichts hatten einen ähnlichen Effekt, ohne dass sich damit die Parteien auf machtpolitisches Kalkül reduzieren lassen.

Drittens führen Darstellungen, die die Bauernparteien nur anhand ihrer wirtschaftspolitischen Interessen und Modernisierungsstrategien im parteipolitischen Kräftefeld verorten, leicht zu Trugschlüssen.<sup>17</sup> Parteien und Parteiführer, die ähnliche wirtschaftspolitische Ziele verfolgten, gingen oftmals in Bezug zum demokratischen Parlamentarismus getrennte Wege, weil ihre Vorstellungen in entscheidenden politischen Modernisierungsfragen zu weit auseinanderklafften. Umgekehrt fanden andere Parteien gelegentlich politisch zueinander, trotz gegensätzlicher wirtschaftlicher Interessen.

In den viel studierten Grundsatzdebatten der Zwischenkriegszeit über die Wirtschaftsstrategie lassen sich schematisch drei Hauptpositionen unterscheiden: Wirtschaftsliberalismus sowie agrarischer und industrieller Wirtschaftsnationalismus. In diesem Kontext am wenigsten relevant und in den Wirtschaftskrisen der frühen 1920er beziehungsweise 1930er Jahre auch zunehmend selten vertreten war die Position des Wirtschaftsliberalismus. Die Liberalen strebten die Modernisierung der nationalen Volkswirtschaft und Industrialisierung mithilfe internationaler Investoren und durch Öffnung zu den Weltmärkten an. Besonders in der Krise behauptete sich in ganz Osteuropa eine Gegenstrategie des industriellen Wirtschaftsnationalismus, die die Modernisierungsaufgaben aus eigener Kraft und mit eigenen Mitteln bewältigen und diese Entwicklungsphase mittels Handelsprotektionismus schützen wollte. Die Agrarwirtschaft wurde in dieser Strategie zur Devisenbeschaffung für die Industrie geopfert und mittels festgeschriebener Niedrigpreise für Agrarprodukte dazu benutzt, die Lohnkosten der anderen Wirtschaftssektoren zu senken. Die industriellen Wirtschaftsnationalisten setzten somit auf die entgegengesetzte Strategie, strebten aber das gleiche Ziel an, nämlich eine industrielle Modernisierung der nationalen Volkswirtschaft.<sup>18</sup>

Die hier relevante Alternative war die einer Agrarmodernisierung. Dies beinhaltete einen eigenen Weg der Modernisierung wie im Falle des Wirtschaftsnationalismus, der aber auf

15 *Scurtu*, *Istoria Partidului Țărănesc*.

16 *Schultz/Harre*, *Bauerngesellschaften auf dem Weg in die Moderne*.

17 *Gollwitzer*, *Europäische Bauernparteien*; *Schultz/Harre*, *Bauerngesellschaften auf dem Weg in die Moderne*.

18 *Tibor Iván Berend*, *Decades of Crisis. Central and Eastern Europe Before World War II*, Berkeley, CA 2001, S. 224–252; *Helga Schultz*, *Wirtschaftsnationalismus in Ostmitteleuropa – Thesen und Fragen*, in: *Eduard Kubů/Helga Schultz* (Hrsg.), *Wirtschaftsnationalismus als Entwicklungsstrategie ostmitteleuropäischer Eliten. Die böhmischen Länder und die Tschechoslowakei in vergleichender Perspektive*, Praha/Berlin 2004, S. 17–32.

schrittweise Modernisierung der Agrarwirtschaft statt auf Industrialisierung ausgerichtet war. Die sozialwirtschaftlichen Vorstellungen der hier besprochenen Parteien änderten sich selbstverständlich im Laufe der Zeit beziehungsweise in Reaktion auf die globalen Wirtschaftsschwankungen. Außerdem waren in der konkreten wirtschaftspolitischen Abwägung viele Schattierungen zwischen beiden Extremen denkbar. Schärfer als in der Tagespolitik waren die Gegensätze in der ideologischen und Wahlkampfauseinandersetzung ausgeprägt. In Staaten wie Polen und Rumänien mit einer umfangreichen Landwirtschaft nahm die Auseinandersetzung zwischen Agrarförderung und Industrieentwicklung einen zentralen Platz in der politischen Debatte der Zwischenkriegszeit ein.<sup>19</sup>

Bei den Vorstellungen der politischen Moderne und der Rolle der Bauernbevölkerung lassen sich in der gesamten östlichen Hälfte Europas fünf Grundpositionen unterscheiden. Zwei Positionen lassen sich als »paternalistisch« beschreiben. Aus der Logik des Zensuswahlrechts fehlte es der Bauernbevölkerung an politischer Reife, um selbst gleichwertig politisch zu partizipieren. Die Großgrundbesitzer repräsentierten die Interessen des gesamten Bauerntums. Diese Haltung fand sich auch nach der Einführung des allgemeinen Wahlrechts noch häufig in der politischen Debatte. Der Bauer (oder der Wähler überhaupt) sei »unreif« und somit anfällig für politische Demagogie. Als »revolutionären Paternalismus« könnte man die Position beschreiben, die meinte, Bauern seien als soziale Klasse nicht revolutionär veranlagt und könnten bestenfalls die Revolution der Arbeiterklasse unterstützen. Verschiedene Schichten des Bauerntums hätten gegensätzliche Interessen. Dies war im Übrigen auch in der bolschewistischen Führung eine Streitfrage. Nach der (eher strategischen als ideologischen) Gegenposition verfügten die Bauern sehr wohl über das revolutionäre Bewusstsein, um ihre Interessen als soziale Klasse politisch selbstständig durchzusetzen.

Die anderen Positionen gehen vom Bauern als zumindest einem gleichwertigen Bürger aus. Nach der Einführung des allgemeinen gleichen Wahlrechts seien Bauern Bürger wie alle anderen in der Demokratie. Die sozialen Schichten des Bauerntums würden sich somit im Parteienspektrum widerspiegeln. Typisch agrarpopulistisch ist die weiterreichende Behauptung, dass größere Teile des Bauerntums unabhängig von Besitzstand weitgehend die gleichen Interessen hätten. Die prognostizierte Folge der Demokratisierung wäre ein Bauernstaat: Die ländliche Bevölkerungsmehrheit würde sich in einer dauerhaften demokratischen Mehrheit niederschlagen. Außerdem seien die Bauern die wahren Bürger der Nation und diejenigen, die mit dem Boden des Nationalstaats produktiv umgingen.

Schematisch betrachtet ergeben sich somit aus den hier in abstrakter Form vorgestellten Positionen von Bauernparteien zehn mögliche Kombinationen. Von diesen sind einige aber real kaum vorstellbar beziehungsweise ideologisch begründbar, zum Beispiel eine industrialistische Bauernrevolution oder ein revolutionärer Paternalismus mit einer Agrarmodernisierung. In einem Ausschnitt aus dieser Matrix lassen sich einerseits politische Gegensätze sichtbar machen, die aus einer eindimensionalen wirtschaftspolitischen Perspektive nicht wahrgenommen werden, und andererseits politische Gemeinsamkeiten trotz wirtschaftspolitischer Differenzen. Außerdem lässt sich die Dynamik der Positionen einzelner Parteien, Parteifractionen oder Politiker mit verändernden Umständen und Außeninflüssen darstellen.

Am rumänischen Beispiel koppelt Angela Harre explizit und stellvertretend für eine bedeutsame Strömung in der Forschungsliteratur jede dieser Wirtschaftsentwicklungsstrategien an jeweils eine politische Ideologie.<sup>20</sup> Abgesehen von einer kommunistischen Planwirtschaft (»revolutionärer Paternalismus«, von Harre ausgeklammert) und einer faschistischen Agrargesellschaft (hier nicht berücksichtigt) werden ein liberaler Industrialis-

<sup>19</sup> Berend, *Decades of Crisis*, S. 224–252.

<sup>20</sup> Harre, *Wege in die Moderne*, S. 15–24.

mus, ein konservativer und ein linker Agrarpopulismus unterschieden. Auch der Zusammenhang zwischen der wirtschaftlichen Position der Großgrundbesitzer vor dem Ersten Weltkrieg (Priorisierung der Agrarentwicklung ohne Ausweitung der politischen Rechte des gemeinen Volkes) und ihrem paternalistischen Konservatismus scheint eindeutig. Die drei restlichen politischen Positionen sind jedoch bei näherer Betrachtung weniger wirtschaftlich determiniert: Die Akzeptanz der Bauern als selbstständige revolutionäre Klasse und die revisionistische Strategie (Bauern als Bürger) schließen weder Agrarismus noch Industrialismus grundsätzlich aus. Ideen bezüglich der Superiorität und politischen Priorität der Bauern (Bauernrepublik) gehen zumeist von einem evolutionären Weg aus, wenden sich aber gegen Stadt, Bürgertum und Industrie.

Insgesamt wird hier die Hypothese vertreten, dass die Politik der Bauernparteien kein Epiphänomen der sozialwirtschaftlichen Realität war. Eine Neupositionierung in der wirtschaftlichen Dimension musste nicht unbedingt eine davon determinierte Neupositionierung in der politischen Dimension nach sich ziehen. Eine zweite Hypothese lautet, dass die politische Dimension (politische Kultur, Institutionen, Vorstellungen und Praktiken) weder instrumentalistisch (das heißt beliebig von politischen Akteuren veränderbar, auch gegen die Beharrlichkeit von Konventionen und Institutionen) noch deterministisch (durch die kulturelle Prägung von Ideen und Ideologien beziehungsweise durch strukturelle Entwicklungen und Erblasten) betrachtet werden sollte. Insgesamt gilt, dass der zeithistorische Kontext und der zeitnahe Transfer politischer Erfahrungen, Praktiken, Institutionen und Vorstellungen einen höheren Erklärungswert haben als ein Vergleich mehrerer Staaten beziehungsweise Bauernparteien mit langfristigen sozialwirtschaftlichen und kulturellen Erblasten als unabhängigen Variablen.

## II. RUMÄNIEN: VON REVOLUZZERN ZUM ESTABLISHMENT

Grundvoraussetzung war die Staatsunabhängigkeit, die Rumänien 1859 für die vormaligen osmanischen Gebiete Moldau und Walachei erlangte, während die anderen mehrheitlich rumänischen Gebiete – das habsburgische Siebenbürgen und das russische Bessarabien – erst 1918 hinzukamen. Bulgarien war seit 1878 faktisch unabhängig vom Osmanischen Reich, auch wenn die international anerkannte Unabhängigkeit erst 1908 erfolgte.

### *Regionale und ideologische Disparitäten*

Die rumänische Verfassung aus dem Jahr 1866 hielt für die politische Repräsentation der Bevölkerung am Klassenwahlrecht fest, was zu einer starken Unterrepräsentation insbesondere von Bauern und anderen Gruppen der Landbevölkerung führte: Für die Bürger, die die Zensuskriterien für die erste Klasse des Wahlrechts erfüllten, kam ein Abgeordneter auf 200 Wähler, in der vierten Klasse ein Abgeordneter auf mehr als 20.000 Bauern.<sup>21</sup> Konservative und Liberale bestimmten demzufolge zusammen mit dem König aus der Hohenzollern-Dynastie die Politik.

Ob der Verschlechterung der Lage der Bauern in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts durch strukturelle und konjunkturelle Ursachen entstand im Regat (das heißt Altreich, das Königreich der ostrumänischen Provinzen Moldau und Walachei) eine erste Bauernpartei aus Dorfhonoratioren (Lehrer, Priester und Beamte). Diese sorgten sich eher um soziale Ungerechtigkeit und moralischen Verfall der Dorfgesellschaft als um große Modernisierungsstrategien. Die Bewegung von Constantin Dobrescu-Argeş (Dorflehrer, Publizist und studierter Jurist) entstand in den 1880er Jahren und wurde 1895 als »Partida Țărănească«

<sup>21</sup> Dinu C. Giurescu, *Illustrierte Geschichte des rumänischen Volkes*, Bukarest 1982, S. 438.



(bäuerliche Partei) registriert. Durch das restriktive Zensuswahlrecht blieb sie politisch ebenso bedeutungslos wie die sozialistische Arbeiterpartei »Partidul Social Democrat Român«.

Prägend waren gerade im Agrarbereich große Strukturunterschiede. Während in den Habsburger Gebieten die letzten Reste der Leibeigenschaft Mitte des 18. Jahrhunderts beseitigt worden waren, geschah dies schockartig mit entsprechenden Folgen in den Regionen Moldau und Walachei erst kurz nach der Unabhängigkeit ein Jahrhundert später. Während sich die Agrarbetriebe im Westen des Landes in sozialer und wirtschaftlicher Hinsicht schrittweise erfolgreich an eine Geldökonomie angepasst hatten, war dies in Moldau, der Walachei und dem russischen Bessarabien nicht der Fall. Die explosive Mischung aus Subsistenzwirtschaft von Kleinstbetrieben und der Vorherrschaft von Lati-fundien sorgte für problematische Modernisierungsschübe. 1907 kulminierten diese im armen Norden des Landes in einem großen Bauernaufstand.<sup>22</sup>

Bezeichnend für die Bauernbewegung im östlichen Teil Rumäniens und für die politische Linke des Landes insgesamt war das ideologische Gewicht der politischen Ideen der russischen Narodniki. Ausgehend von der zahlenmäßigen Übermacht der Bauern in Russland lehnten die Narodniki das Modernisierungsideal von Industrialisierung und Urbanisierung ab. Das Ziel der graduellen Verbesserung der ländlichen Bauerngemeinschaft war ihre alternative Moderne, und anders als die Marxisten waren sie vom eigenen revolutionären Potenzial der Landbevölkerung überzeugt. Der eine Vordenker der rumänischen Linken, Constantin Stere, verbrachte wegen seiner Führungsrolle in der agrarpopulistischen *Narodnaja Volja*-Bewegung in Bessarabien einige Jahre im sibirischen Exil, während der andere, Constantin Dobrogeanu-Gherea, die Lage in Rumänien mit populistischen Konzepten aus seinem Geburtsland Russland analysierte. In seinem Hauptwerk »Neoiobăgia« (Die neue Leibeigenschaft) aus dem Jahre 1910 stellte er fest, dass in Rumänien die Modernisierung des Agrarhandels zu neuen Abhängigkeiten der Landbevölkerung von kapitalistischen Großpächtern führte. Längerfristig war sein Ideal eine sozialistische Revolution, in der auch das ländliche Proletariat eine gewichtige Rolle spielen könnte, wenn eine entsprechende Führung durch die Arbeiterpartei vorausgesetzt sei.<sup>23</sup>

Dobrogeanu-Gherea agierte folgerichtig als (unorthodoxer) Marxist innerhalb der schwachen Rumänischen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei (»Partidul Social-Democrat al Muncitorilor din România«, PSDMR), während Stere als Befürworter einer Agrarmodernisierung nach dem zeitweiligen Aus der Bauernpartei über die PSDMR und die liberale Partei schließlich zur Bauernpartei (»Partidul Țărănesc«, PȚ) Ostrumäniens fand. Auch diejenigen Sozialdemokraten, die im Gegensatz zu den *Generoși* (Großzügigen) um Stere an einer eigenständigen Parteiorganisation festhielten, waren maßgeblich vom agrarpopulistischen Gedankengut beeinflusst. Constantin Dobrogeanu-Gherea war orthodoxer als Stere, entwickelte jedoch seine originellen Theorien teils auf einer agrarpopulistischen Grundlage. Ungeachtet der Frage, ob sich diese Orientierung der rumänischen Linken durch die fehlenden Industriearbeiter oder durch einen Ideentransfer aus Russland erklären lässt, gilt es festzuhalten, dass der ideologische Hauptkonflikt nicht zwischen Marxisten und Agrarpopulisten stattfand, sondern zwischen den beiden agrarpopulistischen Vor-

22 Eidelberg, The Great Rumanian Peasant Revolt.

23 Raluca Mușat, Working the Field. Rural Experts and the »Agrarian Question« in the Romanian Principalities 1864–1914, in: Tul'si Bhambry/Clare Griffin/Titus Hjelm u. a. (Hrsg.), Working the Field. Rural Experts and the »Agrarian Question« in the Romanian Principalities 1864–1914, London 2011, S. 30–42; Henriete Richer, Conceptul de neoiobăgie în gândirea lui C. Dobrogeanu-Gherea. O contribuție la istoria gândirii politice românești, in: Victor Neumann/Henriete Richer (Hrsg.), Conceptul de neoiobăgie în gândirea lui C. Dobrogeanu-Gherea. O contribuție la istoria gândirii politice românești, Timișoara 2011, S. 129–180.

denkern und Platzhirschen der Agrardebatte Dobrogeanu-Gherea und Stere. Gleichwohl betraf es hier die intellektuelle, ideologische Auseinandersetzung der Linken, nicht aber die wirkliche Machtfrage. Diese sollte mit der Parteienfusion von »Partidul Național Român« (PNR) und PT 1926 sowohl ohne Stere als auch ohne Dobrogeanu-Gherea entschieden werden.

Die Schwäche orthodox-marxistischer Strömungen vor dem Ersten Weltkrieg sogar in sozialdemokratischen Kreisen hatte im Regat zwei bedeutsame Folgen. Ohne die marxistischen Dogmen des Klassenkampfes, der notwendigen industriellen Modernisierung und der Revolutionsfähigkeit der Bauern waren die Grenzen zwischen den politischen Bewegungen fließend. Die Bauernpartei Bessarabiens zerfiel zum Beispiel in eine Fraktion, die sich Anfang der 1920er Jahre der »Partidul Țărănesc« im Regat anschloss, eine andere, die in der liberalen »Partidul Național Liberal« (PNL) aufging, und eine dritte, die ihre Heimat bei der konservativen Bauernpartei von Alexandru Averescu fand. Als die erste sozialdemokratische Organisation Rumäniens 1899 aufgelöst wurde, schloss sich ein beträchtlicher Teil der Mitglieder den Liberalen an, unter ihnen auch einer der wichtigsten agrarpopulistischen Aktivisten, nämlich Constantin Stere. Dieser sollte um 1920 über die Bauernpartei Bessarabiens nach der *Marea Unire* (der großen nationalen Vereinigung) in der Bauernpartei des Regats landen und entwickelte sich dort zu einem linken Querulanten.<sup>24</sup>

Im westlichen Teil des späteren rumänischen Staats war die Agrarmodernisierung insgesamt gradueller vonstattengegangen. Dieser war deshalb bis 1918 weitgehend in die Volkswirtschaft des Habsburger Reiches integriert. Die Agrarwirtschaft war nur wenig von Großgrundbesitz und Großpächtern dominiert, und der Gegensatz zwischen Landbesitzern einerseits und Kleinbauern und Landlosen andererseits war geringer ausgeprägt. Dennoch wurde der Gegensatz zunehmend perzipiert und angeprangert, da die Landbesitzer hier vorwiegend deutscher oder ungarischer Herkunft waren und die arbeitende Landbevölkerung rumänischer. Folglich waren nationale Emanzipation beziehungsweise Unabhängigkeit und Landreform als politische Ziele und Mobilisierungsthemen von Anfang an miteinander verquickt.<sup>25</sup>

Zwei mit der ostrumänischen »Partida Țărănească« vergleichbare Bauernparteien entstanden bereits 1869 in den weiter entwickelten Habsburger Gebieten um einige Intellektuelle und Zeitschriften herum – die »Partidul Național Român din Banat și Ungaria« (Rumänische Nationale Partei des Banat und Ungarns) und die »Partidul Național Român din Transilvania« (Rumänische Nationale Partei Siebenbürgens). Das Wahlgesetz des Königreichs Ungarn blieb von 1874 bis 1918 im Wesentlichen unverändert. Es benachteiligte die ärmere Landbevölkerung durch den Zensus und Randgebiete (wie Siebenbürgen) durch die geografische Verteilung der Parlamentssitze, sodass die rumänischen Siebenbürger insgesamt im Budapester Parlament kaum vertreten waren. Während die 1881 entstandene PNR als regionale westrumänische Hälfte der PNT 1918 der Zwischenkriegszeit gelten darf, verschwand die Bauernpartei im Regat bereits nach vier Jahren und musste 1918 von anderen Politikern neu gegründet werden.

Im Regat gab es keine nichtrumänische Elite, die als angeblich an der Bauernfrage »Schuldige« angeprangert werden konnte. Soziale und politische Rechte für die Bauern wurden somit zu einer Frage der gesellschaftlichen und politischen Ordnung innerhalb des Staats, was radikale Lösungen nahelegte. Hinzu kamen die geografische Nähe zu Russland mit seinen revolutionären Bewegungen, die in Transsylvanien fehlte, und die zahlrei-

24 Keith Hitchins, *România 1866–1947*, Bukarest 1994, S. 373–419.

25 Krista Zach, *Agrarsozialer Wandel in Rumänien und Jugoslawien als Beispiel einer Modernisierung in Südosteuropa (1918–1980)*, in: *Jahrbücher für Geschichte Osteuropas* 36, 1988, S. 504–529.

chen biografischen Bindungen führender Bauernpolitiker zu Bessarabien und Russland. Die zwei Vordenker der Partei – Constantin Dobrogeanu-Gherea und Constantin Stere – stammten beide aus Bessarabien und unterhielten enge Beziehungen zu den Narodniki.

Die erst 1918 gegründete »Partidul Țărănesc din Basarabia« (Bauernpartei Bessarabiens) war aus den genannten Gründen ähnlich radikal. Obwohl auch hier die Großgrundbesitzer anderer Nationalität waren, verhinderte die zaristische Repression Ende des 19. Jahrhunderts die Konsolidierung einer Bauernbewegung auch nur als intellektuellen Klub, geschweige denn als Massenbewegung. Die 1864 in Russland auf Kreis- und Gouvernementsebene (*ujesd* beziehungsweise *gubernija*) eingeführten *semstvo* (Landtage) boten der Landbevölkerung lediglich eine minimale und oftmals indirekte politische Repräsentation. Mangels substanzieller Wirtschaftsmodernisierung Ende des 19. Jahrhunderts machte sich anders als in Transsylvanien bei der bessarabischen Bauernbevölkerung kein Empfinden einer lebensbedrohlichen Verschlechterung breit. Außerdem fehlte bis ins 20. Jahrhundert mangels einer rumänischsprachigen urbanen Mittelschicht die Grundlage für eine nennenswerte Nationalbewegung.

Den genannten politischen und sozialwirtschaftlichen Regionalismen entsprechend entwickelten sich somit im Parteienspektrum zwischen Sozialdemokraten und Liberalen im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts unterschiedliche Bauernparteien in Moldau, der Walachei und Bessarabien einerseits und in Siebenbürgen, Banat und Bukowina, das heißt den österreichisch-ungarischen Gebieten, andererseits. Die von Iuliu Maniu geleitete Rumänische Nationale Partei (PNR) aus Siebenbürgen stand den Liberalen deutlich näher als die radikalere Bauernpartei (PT) der früheren osmanischen und russischen Gebiete von Ion Mihalache. Das ideologische Bild war jedoch innerhalb der Parteien (und ihrer Abspaltungen), aber auch im Verlauf der Zeit alles andere als einheitlich. Erklären lässt sich dieser Gegensatz einerseits durch die nachweislich schlechtere Subsistenzlage der Landbevölkerung im Regat (und in Bessarabien), aber auch durch die erfolgreiche Verknüpfung von sozialen und nationalen Agenden durch die PNR im Habsburgischen Reich. Im Vordergrund stand für die PNR die nationale Emanzipation in Form von Autonomie oder Unabhängigkeit der Rumänen. Die Lösung der Probleme des (nichtrumänischen) Großgrundbesitzes und der politischen Marginalisierung der rumänischen Bevölkerungsmehrheit – 59% Rumänen und 25% Ungarn nach dem Zensus von 1869 – schienen ausschließlich von dieser nationalen Frage bedingt zu sein.

#### *Die Bauernpartei gebändigt*

1918 erreichte der rumänische Staat durch mehrere Glücksfälle in Weltkrieg und Revolution seine maximale territoriale Ausdehnung. Der kleine und wenig entwickelte Staat der Donaufürstentümer Moldau und Walachei, die sich 1859 bis 1861 aus osmanischer Oberherrschaft befreit hatten, wurde schlagartig um Gebiete erweitert, die bis 1918 unter russischer, österreichisch-ungarischer und bulgarischer Herrschaft standen. Diese verschiedenen Gebiete kannten starke Regionalismen und Fremdeinflüsse sowie größere nationale Minderheiten. Diese hatten insbesondere das weiter entwickelte Siebenbürgen (Deutsche und Ungarn) und das russische Bessarabien (Ostslawen und Juden) wirtschaftlich, kulturell und politisch dominiert, während die Rumänen dort in erster Linie die Landbevölkerung bildeten. Vonseiten der Eliten in Bukarest führte dies nach der Staatsvergrößerung zu einem ausgeprägten Nationalismus und Zentralismus.

Aus Furcht vor kommunistischer Einflussnahme wurde nach dem Krieg eine weitreichende Landreform und Enteignung des Großgrundbesitzes beschlossen. Diese wurde jedoch nur halbherzig umgesetzt, was zu Überschuldung und Fragmentierung des Landbesitzes führte und somit weder die Bauernfrage lösen noch die regionalen Disparitäten beseitigen konnte. Innerhalb weniger Jahre wurden die Konservativen (zumeist Groß-

grundbesitzer) dadurch als wirtschaftliches und politisches Gegengewicht zu den Liberalen eliminiert. Die Revolutionsgefahr der Jahre 1917/1918 führte auch politisch zu einer Flucht nach vorn und zur Einführung des allgemeinen Wahlrechts, was vor allem den Bauernparteien und in geringerem Maße auch den Sozialdemokraten Auftrieb gab. Durch den Krieg und die Russische Revolution unter Druck geraten, versprach König Ferdinand von Hohenzollern-Sigmaringen (Ferdinand I.) nicht nur Landreformen, sondern auch eine neue Verfassung und allgemeines Wahlrecht. Obwohl die neue liberale Verfassung erst 1923 zustande kam, wurde das darin festgeschriebene Wahlrecht bereits bei den ersten Nachkriegswahlen 1919, 1920 und 1922 provisorisch angewandt, indem die neuen Landesteile ihre Regeln vorerst beibehielten. In Siebenbürgen und Bukowina galt ein absolutes Mehrheitswahlrecht mit einem Repräsentanten pro Wahlbezirk, aber im Regat sowie in Bessarabien und der Dobrudscha ein Proporzwahlrecht.<sup>26</sup>

Das neue Proporzwahlrecht vom 26. März 1926 kannte jedoch eine Besonderheit: Um stabile Einparteienregierungen zu ermöglichen, wurde nur die Hälfte der Sitze in der Abgeordnetenversammlung proportional vergeben. Die andere Hälfte ging nach einer Bonusregelung an die Partei, die mehr als 40 % der Wählerstimmen erhalten hatte. Diese Partei konnte folglich mit einer Parlamentsmehrheit von mindestens 70 % regieren.<sup>27</sup> Verstärkt wurde die politische Dominanz der Regierung und vor allem des Königs durch die Umkehrung von Wahl und Regierungsbildung. Der König bestimmte nach eigenem Dafürhalten einen Premierminister und eine Regierungspartei, die anschließend Wahlen organisierten und diese nahezu ausnahmslos gewannen.<sup>28</sup> Dieser Ansatz einer königlichen Regierung, der in den meisten europäischen Ländern bereits im 19. Jahrhundert verschwunden war, hielt sich in Rumänien so bis zur Königsdiktatur vom Dezember 1937. Nicht zuletzt diese von König Ferdinand I. und der Liberalen Partei zum eigenen Vorteil durchgesetzte Verfassung brachte nach früheren Fehlversuchen die Fusion der siebenbürgischen PNR und der radikaleren PȚ mit dem Querulanten Stere zustande.

Insgesamt galt die PȚ des Regats mit führenden Politikern wie Ion Mihalache und Constantin Stere als sozial und politisch radikaler im Vergleich zur PNR Transsylvaniens des späteren rumänischen Premierministers Iuliu Maniu. Die Fusion beider regionalen Bauernparteien 1926 wurde von den gemäßigten Kräften um Maniu eingefädelt, wodurch Stere in der neuen Nationalen Bauernpartei PNTȚ ein unbequemer Parteilinker blieb, und Dobrogeanu-Gherea als Sozialist ein echter Außenseiter.

In der Zeit zwischen dem Ende der konservativen Hegemonie im Gefolge des allgemeinen Wahlrechts und der Landreform um 1918 und dem Aufstieg der Eisernen Garde Mitte der 1930er Jahre bildete die PNTȚ das politische Gegengewicht zur städtischen National Liberalen Partei PNL. Nachdem der König in den ersten vier Nachkriegsjahren nicht weniger als sieben Premierminister ›verbraucht‹ hatte, regierte in den fünfzehn Jahren danach (bis zur Königsdiktatur) fast zehn Jahre lang die PNL. Die Bauernparteien waren den Hohenzollern generell eher suspekt. Nur der konservative Alexandru Vaida-Voevod aus der gemäßigten PNR hatte 1919–1920 einen Winter lang regiert, bis der neue König Mihai I., um die Macht der Liberalen einzuhegen, Iuliu Maniu als Parteileiter der PNTȚ mit der Regierungsbildung beauftragte. Nach der Fusion konnte die neue Partei samt Wahlverbündeten 1928 einmalig 79 % der Stimmen auf sich vereinen. Insgesamt aber wurden

26 Politics and Political Parties in Roumania, London 1936, S. 31–55; Giurescu, *Illustrierte Geschichte*, S. 505–506; Hans Christian Maner, *Parlamentarismus in Rumänien (1930–1940). Demokratie im autoritären Umfeld*, München 1997, S. 31f.

27 Schultz/Kubû, *History and Culture of Economic Nationalism in East Central Europe*.

28 Wim van Meurs, *The Burden of Universal Suffrage and Parliamentary Democracy in (South-eastern) Europe*, in: Sabine Rutar (Hrsg.), *Beyond the Balkans. Towards an Inclusive History of Southeastern Europe*, Münster 2013 (im Druck).

die Bauernparteien und Sozialisten vom Monarchen und den bürgerlichen Parteien als Bedrohung der politischen und gesellschaftlichen Ordnung betrachtet und nach Möglichkeit in ihren Aktivitäten beschnitten.

Nur zwischen 1928 und 1933 gelang es der PNTJ deshalb einige Male, den Premier zu stellen und so das Quasimonopol der vom König bevorzugten PNL zu durchbrechen. Die Wahlergebnisse waren stark schwankend und auch von Region zu Region unterschiedlich: 1922 erreichten die regionalen Bauernparteien in Moldau und der Walachei 40, in Siebenbürgen 26 und in Bessarabien 22 Sitze im Abgeordnetenhaus (das heißt zusammen 88 der 372 Sitze). Die Weltwirtschaftskrise und der persönliche Konflikt zwischen Maniu und der Hohenzollern-Dynastie machten die Phase der PNTJ-Regierungen von 1928 bis 1933 wenig erfolgreich. Neun Regierungswechsel in fünf Jahren trugen dazu bei, dass sich die PNTJ weder in der Wirtschaftspolitik noch vom Politikverständnis her (zum Beispiel durch die Revidierung der Verfassung) als Alternative zur PNL auszeichnen konnte.

In den Kategorien der anfangs entwickelten Matrix zeigt sich, wie paradox die Zerteilung der Modernisierungsstrategien war. Das Ziel der Abkehr von einer Strategie der Industrialisierung hatten die konservative Großgrundbesitzerpartei von Averescu und Linksradikale wie Constantin Stere mit der Eisernen Garde (»Garda de Fier« von 1930–1935 und »Totul pentru Țară« von 1935–1940) gemein. Umgekehrt befürworteten Kommunisten (»Partidul Comunist Român«) und bürgerliche Volksparteien (PNTJ und PNR) eine solche Strategie, wenn auch mit unterschiedlicher Härte und Konsequenz. Die politische Differenzierung ist diesbezüglich aussagekräftiger: »Partidul Popular« (PP), PNR, PNTJ und PNL wollten nach dem Ersten Weltkrieg die neue politische Ordnung vorschreiben, während die anderen Parteien eine Revolution der Bauern oder von den Arbeitern und Bauern zusammen herbeisehnten. Für die populistischen Bauernführer in Ostrumänien wäre nach dieser politischen und sozialen Umwälzung eine funktionierende Demokratie das System der Wahl gewesen, während die Kommunisten eine Diktatur des Proletariats als Entwicklungsdiktatur anvisiert hatten. Nur die Faschisten und nicht die Populisten waren bestrebt, die Position des Bauerntums in Form einer Bauernrepublik über demokratische Gleichberechtigung hinauszuhoben, wenn auch oft mit stark autoritären oder paternalistischen Zügen.

Konkurrenz erhielt die Bauernpartei vor allem von rechts. In den ersten Jahren nach dem Krieg gründete General Alexandru Averescu, der Anfang 1918 bereits eine Militärregierung geleitet hatte, die konservative Volkspartei PP mit der Bauernbevölkerung als expliziter Zielgruppe. Nach einer zweiten Regierungszeit 1920–1921 verschwand diese Partei jedoch in den Hintergrund, nachdem die Landreformen die Großgrundbesitzer als ihre eigentliche Klientel entmachtet hatten. Während die Averescu-Partei vor allem von der Gunst des Königs abhängig gewesen war, machte ab 1927 die faschistische Eisernen Garde der PNTJ als Massenpartei Konkurrenz, die für ihre bäuerliche Wählerschaft gegen das politische Establishment Bukarests antrat. Obwohl die Ergebnisse durch das oben skizzierte Wahlrecht stark fluktuierten, waren PNTJ und PNR zusammen beziehungsweise ab 1926 die PNTJ kontinuierlich eindeutig die zweite Kraft nach der PNL, bis die »Totul pentru Țară« (Alles für das Vaterland) als politischer Arm der Eisernen Garde bei den Wahlen 1937 ihnen mit 15,5 % bedrohlich nahe kam.

Bedeutsamer für die PNTJ waren jedoch die Richtungskämpfe innerhalb der Partei und die dazugehörenden Abspaltungen. Während die PNTJ sich als Partei im bürgerlichen Lager etablierte und der Regierungsfähigkeit eine hohe Priorität einräumte, sträubte sich der radikale Flügel insbesondere im Regat und in Bessarabien dagegen. Maniu stand als Parteivorsitzender für die Salonfähigkeit der PNTJ, während die bloße Anwesenheit von Ion Mihalache, Constantin Stere oder Armand Călinescu aus der PNTJ den König auf Distanz gehen ließ. Auf dem anderen Flügel (innerhalb der PNR) zeigte sich Alexandru Vaida-

Voevod um der Macht willen bereit, eine Königsdiktatur zu akzeptieren. 1935 trennte er sich von der PNTJ und gründete mit der rechtslastigen »Frontul Național« (Nationale Front) eine eigene Partei, die zwar mit der Sympathie des Königs rechnen, aber nicht wie von diesem geplant der Eisernen Garde Konkurrenz machen konnte.

Insgesamt sprach vieles für eine Radikalisierung der Bauernbewegung in Rumänien. Die objektiven Lebensumstände der Landbevölkerung in weiten Landesteilen waren bedeutend schlechter als in umliegenden Regionen. Durch die geografische Nähe und Migrationsströme war radikales Gedankengut aus Russland (marxistischer und agrarpopulistischer Provenienz) gut vertreten. Die von der Hohenzollern-Dynastie und der hegemonialen liberalen Partei arg strapazierte Demokratie versprach den Bauern und ihren Anführern kaum Aussichten auf das Erringen eines Wahlsieges trotz der vorhandenen ländlichen Bevölkerungsmehrheit.

Die ideologischen Auseinandersetzungen zwischen Dobrogeanu-Gherea und Stere waren aus machtpolitischer Sicht wenig bedeutsam. Außerdem setzte sich bei der Bildung einer gesamt-rumänischen Bauernpartei die gemäßigte PNR aus Siebenbürgen gegen die agrarpopulistische Regionalpartei aus Bessarabien ebenso durch wie gegen die radikale Schwesterpartei PTJ im Regat.

Die bald zum parteipolitischen Establishment gehörende und vor allem mit den Liberalen konkurrierende PNTJ befürwortete weder radikale sozialwirtschaftliche Maßnahmen zugunsten des Bauerntums noch eine abweichende interne Parteiorganisation noch besondere Vorstellungen über Bauer und Bürger. Keine großen Ansprüche der Bauern als Wertschöpfer oder moralische Träger der Nation wurden vorgetragen. Von einem Bauernstaat als Gegenmodell zur liberalen Demokratie war somit auch bei den radikaleren Mitgliedern der Parteiführung kaum die Rede.

Somit lassen im Gesamtbild Rumäniens weder die objektive wirtschaftliche Situation und Agrarverfassung noch die Möglichkeiten des politischen Systems auf die Ausprägung der Bauernpartei schließen. Die persönliche Konkurrenz (zwischen Stere und Dobrogeanu-Gherea) und die Priorität des rumänischen Staats aus der Zeit der ungarischen Herrschaft (von Maniu und der PNR-Führungsriege) wogen schwer in der Ausrichtung der Partei nach 1918. Bulgarien bildet diesbezüglich ein interessantes Gegenbeispiel.

### III. BULGARIEN: BÄUERLICHER VOLKSWILLE UND DIE POLITISCHE UMSETZUNG

Das Schlüsselereignis der Demokratisierung in Bulgarien war die Einführung des allgemeinen Männerwahlrechts anstelle des mehr oder weniger breit angelegten Zensuswahlrechts mit unterschiedlichen Wahlkollegien, das die Bauernbevölkerung von politischer Partizipation nahezu ausschloss. In Rumänien wurde das allgemeine Wahlrecht erst nach dem Ersten Weltkrieg eingeführt, in Bulgarien dagegen bereits mit der ersten Verfassung von 1879, aber mit solchen Einschränkungen, dass die faktische politische Beteiligung in beiden Nachbarstaaten vor 1918 vergleichbar war.<sup>29</sup> Zusammen mit den in Ansätzen bereits älteren kollektiven »parteinahen« Einrichtungen wie Kooperativen und Kreditinstituten<sup>30</sup> wurden aus den mitgliederarmen Kaderparteien des 19. Jahrhunderts somit nach und nach weitverzweigte und durchorganisierte Mitgliederparteien.<sup>31</sup> Im Fall Bulgariens

29 *Meurs*, *The Burden of Universal Suffrage*. Formell wurde in den österreichischen und ungarischen Gebieten der Doppelmonarchie 1907 beziehungsweise 1906 das allgemeine Wahlrecht für die Regionalparlamente eingeführt.

30 *Eidelberg*, *The Great Rumanian Peasant Revolt*.

31 *Richard S. Katz/Peter Mair*, *How Parties Organize. Change and Adaptation in Party Organizations in Western Democracies*, London 1994.

setzte diese Entwicklung bereits vor dem Ersten Weltkrieg ein: Sozialisten und Agrarpopulisten spielten diesbezüglich eine zentrale Rolle.

#### *Utopische Agrarpopulisten*

Die faktische Unabhängigkeit Bulgariens 1878 führte nicht nur zur liberalen Tarnovo-Verfassung aus dem Jahre 1879, sondern auch zu bedeutsamen Entwicklungen in der Agrarverfassung. Bulgarien kannte wegen der osmanischen Herrschaft keinen einheimischen Adel, und die meisten türkischen Großgrundbesitzer verließen das Land im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts. Folglich war der Bauer als Landeigentümer zumindest zahlenmäßig die dominante Figur der bulgarischen Dörfer.<sup>32</sup> Hunger, Unterentwicklung und Armut waren damit nicht ausgeschlossen, aber das Bild war ein völlig anderes als in Rumänien, wo besonders in den östlichen Landesteilen Großgrundbesitz vorherrschte und in den westlichen bis 1918 nichtrumänische Landbesitzer und Großpächter. Diese bulgarische Entwicklung verhinderte auch die Kommerzialisierung der Landwirtschaft, die in Rumänien zu großen sozialwirtschaftlichen Spannungen und 1907 zum Bauernaufstand führte. Die *Zadruga* (der Verband der Großfamilie) hatte als höchstes Ziel die Selbstversorgung. Er verfügte damit kaum über die Möglichkeit, den Agrarbetrieb zu modernisieren, nicht zuletzt deshalb, weil den Investoren weitaus lukrativere Optionen als die Landwirtschaft offenstanden.

Relativ spät, im Jahre 1899, wurde in Bulgarien nach einer Welle von Protesten gegen Steuererhöhungen und den Zehnten in Naturalien eine Bauernbewegung gegründet, die unter dem Namen »Zemedelski Sojuz« (Bauernunion) für Agrar- und Steuerreformen eintrat. Demonstrationen und Petitionen galten ihr als geeignete Mittel, um die Regierung auf die soziale Lage, die Überschuldung und Ungleichbehandlung der Bauern aufmerksam zu machen. Die Agrarverbände setzten sich zum Ziel, »die intellektuelle und sittliche Lage der Bauern anzuheben und alle Arten der Landwirtschaft zu verbessern«.<sup>33</sup>

Die mit dem Wahlrecht gegebenen Möglichkeiten führten die Bauernbewegung jedoch bald zu dem Entschluss, eine Partei zu gründen. 1901 beteiligte die Bewegung sich als »Bulgarski Zemedelski Narodni Sojuz« (Bulgarische Bauernvolksunion) an den Kommunal- und Nationalversammlungswahlen. Obwohl die Partei die Mitgliedschaft explizit auf Bauern beschränkte, verhinderten die Interessengegensätze zwischen Landarbeitern, Kleinbauern und wohlhabenden Landbesitzern ein klares programmatisches Profil. Dennoch waren die Gegensätze nicht so ausgeprägt wie in Rumänien, wo viele Großgrundbesitzer und Großpächter der landarmen und landlosen Dorfbevölkerung gegenüberstanden. Aleksandar Stambolijski konnte als Vordenker und Anführer der bulgarischen Bauernpartei nur mit einiger ideologischer Verblendung behaupten, dass das Bauerntum nicht in Klassen geteilt sei: Nur 600 Grundbesitzer besaßen mehr als 100 Hektar, 4 % der Agrarfläche Bulgariens. In Rumänien gehörte mancherorts ein Drittel bis drei Viertel des Agrarlandes zu Gutshöfen über 100 Hektar.<sup>34</sup>

Die Partei teilte sich rasch in einen konservativen und einen radikalen Flügel, die sich aber eher im Blick auf strategische Fragen unterschieden, als dass sie grundsätzliche Interessengegensätze vertraten. Insbesondere Agronomen beziehungsweise Diplom-Landwirte und Lehrer in der Parteiführung traten für eine Agrarmodernisierung mittels privater Kleinbetriebe ein. Landzuteilung und Bildungsmaßnahmen für die Landbevölkerung gehörten zu ihren Anliegen. Eine politische Wende sollte durch die angestrebte politische

32 Richard J. Crampton, *Bulgaria 1878–1918. A History*, Boulder, CO/New York 1983, S. 175–209.

33 Statuten der Bulgarischen Agrarunion 1899, zit. nach: ebd., S. 331.

34 Zahlen bei Bell, *Peasants in Power*, S. 67f. und Eidelberg, *The Great Rumanian Peasant Revolt*, S. 95.

Reife der Bauern erfolgen. Soziale Reformen, nicht politische Umwälzungen waren im Sinne der russischen Agrarpopulisten die Zielvorgabe dieser Vordenker der Bauernbewegung.<sup>35</sup> Janko Sabunov, zusammen mit Tsanko Bakalov und Jordan Pekarev einer der Gründer der Partei, war zum Beispiel Direktor des Weinbauinstituts in Pleven und Herausgeber der Zeitschrift »Zemedelec« (Der Landwirt). Nach schwierigen Anfangsjahren (7,7 % der Stimmen 1901, keine Parlamentssitze 1903) stiegen die Wahlergebnisse seit 1908 (14,6 %) stetig an, bis die BZNS 1919 mit 27,3 % die stärkste Partei in Bulgarien wurde.<sup>36</sup>

Typisch für die Entwicklung der politischen Linken in Bulgarien seit den letzten Jahren des 19. Jahrhunderts war auf den ersten Blick die unmittelbare und getreue Nachahmung der politischen Entwicklungen in Russland. Die kulturell-historische und sprachliche Nähe könnte diese Verbindung erklären (obwohl in Rumänien trotz sprachlicher Distanz ähnliche Einflüsse bemerkbar waren). Als sich 1903 in Russland die Wege von Menschewiki und Bolschewiki trennten, spalteten sich auch die bulgarischen Sozialisten über ähnliche Streitfragen in sogenannte »enge« und »breite« Sozialisten. Die »Breiten« folgten den Menschewiki und machten sich für eine breite gesellschaftliche Basis und auch für Bündnisse mit anderen Parteien stark. Dagegen schwenkten die »Engen« später auf Lenins strategische Vorgaben ein, schlossen sich 1919 der Komintern an und nannten sich seitdem »Bulgarische Kommunistische Partei«. Die »Engen« verwehrten Bauern den Zugang zur Partei, während die »Breiten« sie zwar aufnahmen als »Hilfstruppen«, ihr Programm aber nicht danach ausrichteten. Während die Vorbildfunktion der Menschewiki und vor allem revisionistischer Parteien im Westen für die »Breiten« relativ unstrittig war, hadernten die »Engen« lange mit den bolschewistischen Positionen zu den Bauern, zur Landfrage, zur Revolution oder zur Rolle der Partei als einer revolutionären Avantgarde.

Die Bauernpartei von Stambolijski stand den russischen Sozialrevolutionären nahe.<sup>37</sup> Ihre Modernisierungsstrategien und Ideale unterschieden sich vom marxistischen Glauben eines einzigen kapitalistischen Entwicklungspfads zum Sozialismus, den Menschewiki und Bolschewiki gemein hatten. Wie bei den Sozialrevolutionären Alexander Kerenskis war die gesellschaftliche Vision die einer Bauernbevölkerung mit kleinen eigenen Höfen, die in eine starke, solidarische lokale Gemeinschaft eingebunden waren. Außerdem vertrauten sie auf die schiere Masse ihrer Anhängerschaft und bevorzugten somit den parlamentarischen Weg der Reformen. Die gemäßigten Führer der ersten Generation wollten die politischen Aufgaben jedoch den Sozialisten überlassen und die Bauernbewegung nicht zur Partei ausbauen, um den Druck auf das politische Establishment nicht durch eine Spaltung der demokratischen Bewegung zu schwächen.

Im Vergleich zu Rumänien ist in Bulgarien nach der tatsächlichen Einführung des allgemeinen Männerwahlrechts die Stärke der Kommunisten augenfällig. Anscheinend gelang es den auf eine breite Anhängerschaft ausgerichteten und ideologisch relativ offenen »breiten« Sozialisten nicht, größere Teile der Landbevölkerung an sich zu binden. Erfolgreich waren diesbezüglich vor allem die auf das (industrielle) Proletariat orientierten »engen« Sozialisten. Somit stand die Bauernpartei in Bulgarien in einem Verhältnis der ideologischen Abgrenzung und Konkurrenz um Wähler nicht zu den Sozialdemokraten und (wie in Rumänien) den Liberalen, sondern zu den Kommunisten.<sup>38</sup>

35 Angus Stewart, *The Social Roots*, in: *Ghița Ionescu/Ernest Gellner* (Hrsg.), *Populism. Its Meanings and National Characteristics*, New York 1969, S. 285–290; *John Bell*, *The Genesis of Agrarianism in Bulgaria*, in: *Balkan Studies* 16, 1975, H. 2, S. 73–92; *Crampton*, *Bulgaria*, S. 325–346.

36 *Richard J. Crampton*, *A Short History of Modern Bulgaria*, Cambridge/New York 1987, S. 82f.

37 *Manfred Hildermeier*, *The Russian Socialist Revolutionary Party Before the First World War*, New York 2000.

38 *Marin V. Pundeff*, *Marxism in Bulgaria Before 1891*, in: *Slavic Review* 30, 1971, S. 523–550; *Frederick B. Chary*, *The History of Bulgaria*, Santa Barbara, CA 2011, S. 76.



Angesichts der traditionell breiten Streuung des Landbesitzes in Bulgarien war die umfangreiche ländliche Anhängerschaft der Kommunisten durchaus überraschend und nicht so leicht erklärlich wie die der Menschewiki und Sozialrevolutionäre. Als Erklärungsansatz dafür bietet sich weniger der autonome Ideentransfer aus Russland, sondern vielmehr der revolutionäre Umbruch in politischem und sozialem Sinne an, der sich in Bulgarien nach dem Fiasko des Ersten Weltkriegs ereignete. Anders als im ›siegreichen‹ und territorial bevorteilten Rumänien war das politische Establishment von Konservativen und Liberalen in Sofia auf ganzer Linie gescheitert und diskreditiert. Vor allem die Bauernpartei und die ›engen‹ Sozialisten profitierten in den ersten Nachkriegsjahren von der politischen, nationalen und wirtschaftlichen Krise, wenn auch mit recht unterschiedlichen Vorstellungen einer neuen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Ordnung.

Nach Stambolijskis Vorgaben entschied sich die BZNS vor dem Ersten Weltkrieg klar für eine endogene Agrarmodernisierung durch private Kleinbetriebe mit besser geschulten und technisch besser ausgestatteten Bauern. Die politische Position war weniger klar definiert. In Zeiten erheblicher Wahlerfolge wurde der Bauer als gleichberechtigter Bürger betrachtet. Stambolijski trat dementsprechend für eine wirklich konstitutionelle Demokratie und einen Rechtsstaat ein.<sup>39</sup> In der Parteipropaganda klang jedoch an, dass das Anrecht des Bauertums auf politische Dominanz sich nicht nur aus der schieren Zahl der ländlichen Bevölkerung ableitete. Die radikalisierte agrarsozialistische Politik Stambolijskis richtete sich gegen Städte und Bürger überhaupt sowie insbesondere gegen die bürgerlichen Parteien. Die BZSN hatte bis Kriegsende in einem politischen Umfeld agiert, das nicht so ungünstig war, dass eine Strategie des Terrors wie die der Narodniki angebracht schien, aber auch nicht so günstig, dass ein Alleingang gegen die bürgerlichen Parteien realistisch gewesen wäre.

Im Vergleich zu Rumänien schienen die Bedingungen für eine Radikalisierung der Bauernpartei eher ungünstig: Es gab keine Verelendung der Landbevölkerung, ein relativ offenes politisches System und keine Parteifrakturen mit einer revolutionären Vergangenheit, obwohl auch hier das russische Gedankengut präsent war. Entscheidend für die ›Neugründung‹ des bulgarischen Staats nach dem Ersten Weltkrieg war die totale Niederlage und Diskreditierung des parteipolitischen Establishments, welche die Bauernpartei mühelos an die Macht schwemmte. Im Nachbarland hatte die nationale Euphorie des vollendeten rumänischen Nationalstaats zum gleichen Zeitpunkt die Macht von Dynastie und Liberalen gefestigt. Die einmalige Chance für einen Bauernstaat war damit in Rumänien vorbei.

Nicht weniger bedeutsam war die Tatsache, dass sich die elektorale Konkurrenz der BZNS im linken Spektrum befand: Die Kommunisten, 1919 aus den »engen« Sozialisten hervorgegangen, traten sogleich der Komintern bei. Sie lehnten selbstverständlich den Parlamentarismus der BZNS ab. Bei den wichtigen Wahlen im März 1920 erreichte die BZNS 110 von 229 Parlamentssitzen, die Kommunisten 51, während die ›breiten‹ Sozialisten sich mit fünf ›bürgerlichen‹ Parteien die restlichen 68 teilten.<sup>40</sup> In dieser Auseinandersetzung um die bäuerlichen Wähler radikalisierte sich die Bauernpartei. Ähnlich wie die Kommunisten offerierte Stambolijski ein radikales Modell einer neuen Gesellschaft. In Rumänien befand sich die Konkurrenz mit den Liberalen rechts der Mitte. Die Zwänge des dortigen geschlossenen politischen Systems bewegten die PNR von Iuliu Maniu mit dazu, die Konkurrenz mit den Liberalen nach deren Bedingungen anzugehen und zu verlieren. Auch Stambolijski verlor aber beim kühnen Versuch, einen Bauernstaat aufzubauen, der weder »sozialistisch« war (im Sinne seiner kommunistischen Widersacher) noch »demokratisch« (im Sinne des Monarchen). Als Partei, oder besser gesagt Bewegung, die den

<sup>39</sup> Bell, *Peasants in Power*, S. 52–56 und 67.

<sup>40</sup> Ebd., S. 152.

etablierten Parteien mangelnde Nähe zum einfachen Volk und seinen Bedürfnissen vorwarf, war die BZNS ein Vorreiter der parteipolitischen Modernisierung. Die Bewegung war aus lokalen Sozialverbänden für und durch die Bauern entstanden und verfügte somit über ein neuartiges Netzwerk lokaler *družbi* (Zellen). Weder die in Sofia konzentrierten etablierten Parteien noch die zentralistisch organisierten ›engen‹ Sozialisten konnten auf solchen Strukturen aufbauen.

Der spätere BZNS-Premier und ›Gallionsfigur‹ der Partei, Aleksandar Stambolijski, gehörte zu deren linkem Flügel. In Bulgarien (Pleven) und Deutschland (München) in Agrarwissenschaften ausgebildet, gelang es ihm, ein radikales Programm für die Partei auszuarbeiten und durchzusetzen. Unter seiner Leitung als Parteivorsitzender ab 1905 und Parlamentsabgeordneter ab 1908 wurde die BZNS zur wichtigsten Oppositionspartei. In der revolutionär aufgeladenen Stimmung am Kriegsende gewann die Bauernvolksunion im August 1919 die Wahlen. Stambolijski wurde somit auf Geheiß des Königs Premier einer Koalitionsregierung mit der bürgerlichen Nationalpartei und den Progressiv-Liberalen.

#### *Stambolijskis Herrschaft*

Nach einem neuerlichen Wahlsieg 1920 regierte Stambolijski ohne Koalitionspartner und war somit in der Lage, seine Reformpläne selbstständig umzusetzen. Sein Regime entartete bald in eine Diktatur, forcierte Agrarreformen und setzte eine blutige Repression jeglichen gesellschaftlichen und politischen Widerstandes durch. Die harten Friedensbedingungen von Neuilly führten zu einem raschen Popularitätsverlust der Bauernpartei und zu einer starken Reduzierung des Spielraums und der Ressourcen für die Umsetzung der Reformpläne zugunsten der Bauern.

Einmal an der Macht, versuchte Stambolijski einen Durchbruch zu forcieren, indem er die Reformagenda zugunsten der Bauern mit Gewalt und Härte gegen alle gesellschaftlichen Widerstände durchpeitschte. Idealisierte Vorstellungen über die Schaffung einer Bauernrepublik in politischem Sinne blieben dabei auf der Strecke. Dass seine politischen Ideale weiter reichten als Gleichberechtigung und proportionale Vertretung der Bauern in einer konstitutionellen Demokratie, zeigte seine Abkehr von den bürgerlichen Parteien und vom städtischen Leben und urbaner Kultur im Allgemeinen. Er verlegte den Amtssitz des Premierministers an den Stadtrand von Sofia, um den Bauern und Feldern näher zu sein und eine Distanz zu dem »Sodom und Gomorrha« (seine Worte)<sup>41</sup> der urbanen Politik zu wahren.

Der Versuch Stambolijskis, das Wahlrecht durch die Einführung einer Wahlpflicht und die Neuumschreibung der Wahlkreisgrenzen zugunsten seiner Partei zu modifizieren, sowie weitere radikale Wirtschaftsreformen führten rasch zum Schulterchluss der liberalen und konservativen Parteien. Die Machtübernahme durch Offiziere und mazedonische Separatisten am 9. Juni 1923 bedeutete für Stambolijski einen grausamen Tod. Der gemeinsame Staatsstreichversuch gegen das neue Regime durch seine Mitstreiter und die Kommunisten im September 1923 markierte das politische Aus für die BZNS. Der Putsch wurde unterdrückt, seine Anführer verfolgt und inhaftiert. Stambolijskis dreijährige Herrschaft war jedoch historisch für die gesamte Region einmalig, da nicht etwa ein marxistisch-kommunistisches Regime die Macht ergriffen hatte, sondern eine agrarpopulistische Bewegung.<sup>42</sup>

41 Zit. nach: *Wojciech Roszkowski*, Land Reforms in East Central Europe After World War One, Warschau 1995, S. 83.

42 *Nissan Oren*, Revolution Administered. Agrarianism and Communism in Bulgaria, Baltimore 1973.

Nach der erfolgreichen Konterrevolution des Jahres 1923 und dem Mord an Aleksandar Stambolijski wurde die BZNS zwar nicht als Partei verboten, aber langfristig von der Regierung ausgeschlossen. Ab 1925 zerfiel die Partei in sich bekämpfende Flügel und Splitterparteien. Erst die Weltwirtschaftskrise der 1930er Jahre nötigte das autoritäre Regime, die konservativen und gemäßigten Flügel der ehemaligen Bauernpartei 1931/32 in die Regierungsarbeit einzubeziehen.<sup>43</sup> Die Radikalen unter der Leitung von Nikola Petkov verweigerten die Zusammenarbeit mit dem Regime. Sie wählten dabei für sich den bezeichnenden Namen »BZNS-Aleksandar Stambolijski« (auch: »BZNS-Pladne«), während die Konservativen schließlich während der Königsdiktatur ab 1934, als politische Parteien formell verboten wurden, mit den bulgarischen Faschisten fusionierten. Nach der Zusammenarbeit in der Widerstandsbewegung entwickelten sich die linken Flügel nach dem Zweiten Weltkrieg zu einer Blockpartei der herrschenden Bulgarischen Kommunistischen Partei. Die Vielzahl der Parteien, die sich seit dem Ende der Živkov-Ära mit dem Namen »BZNS« schmücken, zeigt die damit verbundene Aura, wenn auch die Wahlergebnisse wenig schmeichelhaft sind.<sup>44</sup>

#### IV. FAZIT

Nur aus einer entfernten westlichen Perspektive ähneln sich die beiden Vergleichsfälle dieses Essays, Rumänien und Bulgarien. Nicht nur die Agrarverfassungen, sondern auch die äußeren Umstände in den entscheidenden Jahren direkt nach dem Ersten Weltkrieg waren unterschiedlich. Die Verfügbarkeit von und kulturelle Nähe zu relevanten Vorbildern für die Bauernparteien war aber für beide gegeben, und die Entwicklung des Wahlrechts wies zumindest in der Praxis der Ausweitung der Wählerschaft seit dem späten 19. Jahrhundert deutliche Parallelen auf. Im Endeffekt dominierte in der rumänischen Nationalen Bauernpartei im ersten Jahrzehnt nach dem Weltkrieg die Richtung, die sich keineswegs gegen das wenig demokratische politische System Bukarests auflehnte und sogar, einmal an der Macht, den Bonus für die größte Partei akzeptierte. Die Partei verfügte zwar über eine vergleichsweise gut ausgebaute Organisationsstruktur in den Dörfern, aber funktionierte letztlich eher wie eine Bukarester Honoratiorenpartei. Wie ihr Widersacher, die liberale PNL, kannte sie kaum entwickelte Formen innerparteilicher Demokratie. Radikalere Vorstellungen einer Bauernrevolution wurden höchstens in den entlegenen Nischen und Randgruppen der Partei gehört. Der Bauer als solcher wurde schlicht als Bürger und Wähler betrachtet. In der Parteispitze war ein paternalistischer Konservatismus stark vertreten, revolutionäre Ansprüche aus einer vermeintlichen Superiorität des Bauern dagegen kaum. Auch die Überhöhung des Status des Bauerntums aus nationalistischer Überzeugung, wie es aus den Ursprüngen der siebenbürgischen Vorgängerpartei als nationale und nationalistische Emanzipationsbewegung vielleicht zu erwarten gewesen wäre, lässt sich nur gelegentlich feststellen. Insgesamt obsiegte das politische Establishment, und die Bauernpartei wurde erfolgreich gebändigt und eingebunden.

In Bulgarien fand genau die entgegengesetzte Entwicklung statt. Im späten 19. Jahrhundert schien aufgrund der tatsächlichen sozialökonomischen Entwicklungen und der Agrarverfassung weder eine Vormachtstellung der Kommunisten noch eine radikale Bauernbewegung naheliegend. Erklären lässt sich die Entwicklung nach dem Ersten Weltkrieg weder durch einen bevorzugten Ideentransfer der Agrarpopulisten aus Russland noch durch die einheimische Wirtschaftsentwicklung Bulgariens, sondern vielmehr durch den

43 Chary, *The History of Bulgaria*, S. 72 und 75f.

44 Josef Gruber, *Parteien und Demokratie in Bulgarien*, in: KAS Auslandsinformationen, 1999, Nr. 6, S. 21–39, hier: S. 26; Meurs, *Bauernparteien und rurale Wählerschaften*.

Krieg, der ein politisches Vakuum produziert hatte, und durch die Konkurrenz zwischen Kommunisten und Agrarpopulisten. Gerade durch diese Zwänge kam es auch in den Jahren der Alleinherrschaft Stambolijskis als einmaliges Experiment nicht zu einer Umsetzung des politischen Ideals einer Bauernrepublik. Das Vergleichsbeispiel der frühen bolschewistischen Herrschaft in Sowjetrußland lässt vermuten, dass das idealiter vertretene Ziel einer politischen Repräsentation und Partizipation unweigerlich dem Ziel einer sozialökonomischen Revolution zum Opfer fallen muss, und zwar unabhängig davon, ob diese Revolution die Industrieentwicklung oder die Landwirtschaft fördern sollte.

Insgesamt bestätigt dieser vorläufige Vergleich, dass der klassische sozialökonomische Determinismus in der historischen Erforschung der Bauernparteien zu Recht der Vergangenheit angehört. Nach diesem Modell hätten sich die Revolutionäre aus Moldau und Walachei in Rumänien durchsetzen müssen, und nicht ihre Gesinnungsgenossen im relativ wohlhabenden Bulgarien. Umgekehrt zeigt sich jedoch auch, dass ein rein ideenhistorischer Ansatz nicht sehr produktiv ist. Populistische Ideale und Strategien gegen eine auf Industrialisierung basierende Wirtschaftsentwicklung und für eine politische Vormacht des Bauerntums waren über die geografische Nähe zu Rußland im bessarabischen Rumänien ebenso vorhanden wie in Bulgarien über die sprachliche Nähe zu Rußland. Dennoch setzten sich die Populisten in Rumänien mit Stere und Dobrogeanu-Gherea höchstens intellektuell durch, aber sicherlich nicht parteipolitisch. Zu keinem Zeitpunkt drohte in Bukarest eine »populistische« Machtübernahme nach dem Vorbild Stambolijskis in Sofia.<sup>45</sup>

Auch wenn die Verfügbarkeit populistischen Ideenguts und ein gerüttelt Maß an sozialem Unfrieden und Ungleichheit Grundvoraussetzungen für die Entfaltung von Bauernparteien sind, drängt sich als entscheidender Faktor die unabhängige Variable des Ausgangs des Ersten Weltkriegs auf. Die umfassende Niederlage und Demütigung Bulgariens diskreditierte das politische Establishment von Konservativen und Liberalen mit ihrem Nationsbildungsprojekt und der dazugehörigen paternalistischen demokratischen Ordnung. In dieses Vakuum trat Stambolijski, der sich vor allem um die Konkurrenz der Kommunisten auf der linken Seite sorgen musste. Demgegenüber stand der überraschende Sieg Rumäniens, der das nationale Projekt mit der territorialen Ausdehnung zu seinem Höhepunkt führte und somit die Machtposition des liberalen Establishments zementierte. Das paternalistische demokratische System kam aus den kurzen revolutionären Wirren und der Einführung des allgemeinen Wahlrechts gestärkt hervor. Um den Liberalen gegenüber überhaupt konkurrenzfähig zu sein, blieb der Bauernpartei nichts anderes übrig, als sich anzupassen. Folglich würden erst die Faschisten der Eisernen Garde in den 1930er Jahren die politische Ordnung wirklich herausfordern und in die Knie zwingen.<sup>46</sup> Es war deshalb kein Zufall, dass die rumänischen Gardisten sich in und außerhalb des Parlaments als Bauernführer profilierten und mit demokratischen wie revolutionären Mitteln gegen eine industrielle und urbane Zukunft und für einen echten Bauernstaat kämpften.

45 Die Reaktionen der rumänischen Bauernführer und Vordenker auf Stambolijski und das BZSN-Regime in Bulgarien wären diesbezüglich aufschlussreich.

46 *Armin Heinen*, Die Legion »Erzengel Michael« in Rumänien. Soziale Bewegung und politische Organisation. Ein Beitrag zum Problem des internationalen Faschismus, München 1986; *Wim P. van Meurs*, Subversive Movements in the Political Arena, in: *Alina Mungiu/Wim van Meurs* (Hrsg.), *Ottomans into Europeans. State and Institution-Building in South Eastern Europe*, New York 2010, S. 75–110.